



**TTIP & CETA – Was braut sich hier zusammen?**  
**Schwerpunkt Lebensmittel & Landwirtschaft**

[www.ttip2015.eu](http://www.ttip2015.eu)



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

allein aus meiner Heimat Baden-Württemberg habe ich mehrere tausend Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die ihre Besorgnis angesichts der Verhandlungen zu den transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada zum Ausdruck bringen. Das zeigt, wie brisant diese Abkommen sind und wie viel hier auf dem Spiel steht.

Die Verhandlungen mit den USA, aber auch das bereits fertig verhandelte und veröffentlichte CETA-Abkommen mit Kanada, sind für mich in der jetzigen Form nicht akzeptabel. Ich teile die Sorge der Bürgerinnen und Bürger, dass hohe europäische Standards in zahlreichen Lebens- und Politikbereichen in Gefahr sind. Wir Grüne lehnen Sonderklagerechte für Konzerne und die Einschränkung demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten entschieden ab. Deshalb habe ich mich sowohl im Landwirtschafts-

als auch im Entwicklungsausschuss für eine kritische Haltung des Europäischen Parlaments ausgesprochen.

Als Bäuerin und Abgeordnete im Europa-Parlament fühle ich mich dafür verantwortlich, die Öffentlichkeit über mögliche Auswirkungen der geheimen Verhandlungen auf unsere Landwirtschaft und unsere Lebensmittel zu informieren. Sie stehen im Mittelpunkt dieser Broschüre. Ich wünsche mir, dass diese Informationen für Sie als Bürgerin, als Bürger nützlich sind. Am Ende der Broschüre finden Sie Hinweise, was wir gemeinsam für ein demokratisches Europa mit hohen Standards tun können. Denn das letzte Wort ist noch lange nicht gesprochen!

Ihre

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Kerin Henke". The signature is written in a cursive, flowing style.



Über TTIP und CETA wird eine Auseinandersetzung zwischen agrar-ökologischen, bäuerlichen Produktionsformen und der weltmarktorientierten Industrie ausgetragen.

- **Handelsabkommen zielen normalerweise auf das Senken von Zöllen ab. Doch die Zölle zwischen den Handelsblöcken EU, USA und Kanada sind bereits jetzt sehr niedrig.** Das Hauptziel der geplanten Abkommen ist daher, sogenannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“ aus dem Weg zu räumen. Darunter fallen gesetzliche Regelungen in unterschiedlichen Lebens- und Politikbereichen, unter anderem Lebensmittelsicherheit, Gentechnikfreiheit, Tier- und Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte, Finanzmarktregulierung, öffentliche Daseinsvorsorge und Datenschutz. Sie werden im Rahmen von TTIP und CETA darauf abgeklopft, ob sie den Handel erleichtern oder erschweren. Das bedeutet zum einen, dass die jeweils höheren Standards auf beiden Seiten des Atlantiks abgeschmolzen werden könnten. Zum anderen sind die aktuellen Vertragsentwürfe zu TTIP und CETA so ausgestaltet, dass unsere Demokratie dauerhaft unterwandert wird.
- **Die Agrar- und Lebensmittelindustrie sieht CETA & TTIP als Instrumente, um Vorschriften „weniger handelsverzerrend“ zu gestalten.** Dies geht aus zahlreichen öffentlich zugänglichen Dokumenten hervor. Es lässt sich auch an der Anzahl der Treffen zwischen Lobbyistinnen und Lobbyisten und der Generaldirektion Handel der EU-Kommission ablesen: Die Agrar- und Lebensmittelindustrie war hier so aktiv wie keine andere Lobby.
- **Es besteht die Gefahr, dass Handelsinteressen höher bewertet werden als der Schutz von Umwelt, Mensch und Tier.** Es geht hier nicht um Anti-Amerikanismus, wie den besorgten

Bürgerinnen und Bürgern oft vorgeworfen wird. Es geht auch nicht „nur“ um Unterschiede zwischen europäischen, kanadischen und US-amerikanischen Standards. Es geht um eine tiefgreifende Auseinandersetzung zwischen agrar-ökologischen, bäuerlichen Produktionsformen und der weltmarktorientierten Industrie.

- **Zwischen EU und USA gibt es erhebliche Unterschiede in der Art und Weise, wie Lebensmittel- und Landwirtschaftspolitik geregelt sind.** Hier geht es sowohl um konkrete Vorschriften und Regeln, als auch um grundsätzliche Herangehensweisen, wie etwa bei der Bewertung von Risiken und wissenschaftlichen Unsicherheiten. Darin spiegelt sich wider, was vielen Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist, etwa Tierschutz und Lebensmittelsicherheit. Diese Standards sollten daher nicht nur als „Handelshemmnisse“ betrachtet werden.
- **Ziel der Abkommen ist es, über eine „regulatorische Zusammenarbeit“ die Gesetzgebung der jeweiligen Länder aneinander anzupassen.** So entsteht Druck, die in vielen Bereichen höheren EU-Standards abzusenken. Außerdem wird hier die demokratische Gestaltungsfreiheit eingeschränkt, da neue Gesetzesvorschläge erst eine technokratische Schatten-Expertenregierung passieren müssten, bevor sich die gewählten Parlamente überhaupt damit befassen dürften. Grund zur Sorge gibt auch, dass der CETA-Vertragstext nur äußerst vage Aussagen darüber trifft, ob die Parlamente zu völkerrechtlich bindenden Entscheidungen des regulatorischen Rates überhaupt befragt werden sollen.



- **Das bereits fertig verhandelte CETA-Abkommen beinhaltet ein weitreichendes Investitionskapitel, mit dem ausländische Investoren und multinationale Konzerne gestärkt werden.** Es enthält einen Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten, kurz ISDS (*Investor State Dispute Settlement*). Dadurch könnte es zu einem regelrechten Boom von Unternehmensklagen gegen Kanada, die EU und die EU-Mitgliedsstaaten kommen. Es ist zu befürchten, dass auf Grundlage solcher Bestimmungen demokratisch legitimierte Entscheidungen im Bereich Umwelt-, Verbraucher- oder Tierschutz vermehrt von Konzernen angegriffen werden. Auch ein möglicher „chilling effect“ wird diskutiert: Aus Angst vor Klagewellen könnten Staaten davor zurückschrecken, überhaupt strengere Gesetze zu beschließen.

- **Ein Beispiel für unterschiedliche Herangehensweisen ist das Vorsorgeprinzip.** Es kommt in der EU zur Anwendung, wenn von einem Produkt ein Risiko ausgeht, das die Wissenschaft noch nicht mit Sicherheit feststellen kann. Das Produkt darf dann nicht auf den Markt gebracht werden, um Umwelt und Verbraucher zu schützen. Doch in den USA müssen die Behörden erst beweisen, dass ein Produkt bereits Schäden verursacht hat, bevor es zu einer Einschränkung oder einem Verbot kommt. So kommt es, dass in den USA weit mehr gentechnisch veränderte Organismen und Pestizide zugelassen sind als in Europa. Weitere Fälle, in denen Druck ausgeübt wird, die europäischen Standards zu senken, sind unter anderem die Verwendung von wachstumsfördernden Hormonen in der Tierhaltung und von Chlor in der Behandlung von Schlachtkörpern.

- **Darüber hinaus gibt es in den USA keine bundesweite Gesetzgebung zu Tierschutz.** Die EU ist hier den USA weit voraus. So sind Legebatterien hierzulande verboten, und auch beim Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung und bei Tiertransporten gelten in Europa strengere Gesetze. Aber: Die Einhaltung europäischer Tierschutzstandards ist derzeit keine Bedingung, um Tierprodukte in die EU einzuführen. Dies muss sich dringend ändern, wenn europäische Landwirte nicht einem zusätzlichen Wettbewerbsdruck ausgeliefert werden sollen.

- **Obwohl die Zölle zwischen der EU und den USA bzw. Kanada im Allgemeinen sehr niedrig sind, gibt es doch bedeutende Ausnahmen bei landwirtschaftlichen Produkten wie Rind-, Geflügel- und Schweinefleisch.** Der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments hat eine Studie in Auftrag gegeben, die schwerwiegende Folgen für den europäischen Rindfleischsektor prognostiziert, insbesondere für die Mutterkuhhaltung in entlegenen Gebieten. Die im Vergleich zu den USA und Kanada kleineren Herden könnten sich als Wettbewerbsnachteil entpuppen, wenn hier die Zölle gesenkt werden.

- **Schließlich könnten die Handelsabkommen auch Auswirkungen auf das öffentliche Beschaffungswesen haben.** In den USA und Kanada gibt es zahlreiche Schulkantinen und andere öffentliche Einrichtungen, die lokal und ökologisch hergestellte Lebensmittel bevorzugen und so die umliegenden ländlichen Regionen stärken - diese Möglichkeit könnte wegfallen, wenn das öffentliche Beschaffungswesen für internationale Anbieter geöffnet wird.

## Was macht das Europäische Parlament?

Am 8. Juli 2015 hat das Europäische Parlament seine Resolution zum TTIP-Abkommen mit den USA verabschiedet, mit der es Empfehlungen an die EU-Kommission für die weiteren Verhandlungen ausspricht. Es war ein schwarzer Tag für die Demokratie: Trotz dem erklärten Willen der Bürgerinnen und Bürgern hat die Mehrheit der Abgeordneten für Sonderklagerechte für Konzerne und die Unterwanderung der Demokratie durch regulatorische Zusammenarbeit gestimmt. Insbesondere die Stimmen der bis zuletzt schwankenden Sozialdemokraten gaben den Ausschlag. Auf [www.votewatch.eu](http://www.votewatch.eu) können Sie nachschlagen, welche Abgeordneten diesem laschen Kompromiss zugestimmt haben.

Fakt ist: Die Resolution sieht nur vor, ISDS durch ein „neues System“ zu ersetzen – doch Konzerne hätten nach wie vor die Möglichkeiten, Regierungen vor einem internationalen Schiedsgericht zu verklagen. Es bleibt somit ISDS, auch wenn es Parlamentspräsident Martin Schulz im neuen Gewand präsentiert. Das Europäische Parlament hat damit eine historische Chance vertan, richtungsweisend auf die Verhandlungen mit den USA einzuwirken und ein klares Signal gegen die Aushebelung der Demokratie zu setzen.

### Gemeinsam TTIP & CETA stoppen

Mit den Europäischen Grünen wird es keine Handelsabkommen geben, die nur den Interessen der Agro-Industrie und anderer multinational tätiger Unternehmen dienen. Die TTIP-Verhandlungen müssen gestoppt werden und das CETA-Abkommen darf nicht ratifiziert werden. Das können wir nur zusammen mit den

Bürgerinnen und Bürgern erreichen! So wie eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung das umstrittene ACTA-Abkommen zu Fall gebracht hat, so ist es auch diesmal möglich, einen anderen Weg einzuschlagen. Erinnern wir uns: Noch vor kurzem hatte niemand von Investor-Staats-Schiedsgerichten gehört. Mittlerweile führen sie zu heftigen Auseinandersetzungen auf politischer Ebene.

### Unterschreiben Sie die Petition gegen TTIP und CETA

Es ist wesentlich, den Druck aufrechtzuerhalten. Spätestens wenn die fertig verhandelten Texte des CETA-Abkommens und des TTIP-Abkommens dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten zur Abstimmung vorgelegt werden, muss allen Abgeordneten klar gemacht werden, auf welche gefährlichen Deals sie sich hier einlassen. Wir sind auf einem guten Weg. Fordern Sie die EU-Kommission und das EU-Parlament auf [www.ttip2015.eu](http://www.ttip2015.eu) auf, CETA und TTIP zu stoppen. Bereits mehr als 2 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben diese Petition unterzeichnet.

### Ihre Meinung zählt!

Sprechen Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunden und mit Ihrer Familie über TTIP & CETA. Organisieren Sie eine öffentliche Diskussionsveranstaltung und mischen Sie sich in die Debatte ein! Informieren Sie sich über kommende Aktionen auf meiner Homepage [www.maria-heubuch.de](http://www.maria-heubuch.de)



## Impressum

Maria Heubuch  
Mitglied des Europäischen Parlaments  
Büro 04F366, Rue Wiertz 60  
B-1047 Brüssel

Illustration auf dem Deckblatt: RUSSELTATEdotCOM

Veröffentlicht im Juli 2015

